

Kulturpolitik der Zukunft

Jens Bisky

Die Zukunft ist ein Wohlfühlthema. Man kann im Reden über sie eigene Wünsche bebildern oder Ängste bearbeiten, man kann träumen, schwärmen, warnen. Leicht ließe sich also eine Kulturpolitik ausmalen, die profitiert von der Stärke, die sie in den zurückliegenden Jahren gewonnen hat, von einer Staatsministerin für Kultur am Kabinettschisch, von großer öffentlicher Aufmerksamkeit und einer durchgehenden Professionalisierung. Auch wäre zu zeigen, was moderne Gesellschaften von Kultur erwarten; allerdings dürfte das auf die alte Formel von lehrreichem Vergnügen, vergnüglicher Belehrung hinauslaufen.

Kulturpolitik wird in den kommenden zehn, fünfzehn Jahren selbstverständlich auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren, auf jene säkularen Trends, die wir mit den Schlagworten »Digitalisierung«, »demographischer Wandel«, »postmigrantische Gesellschaft« bezeichnen. Es wären noch einige zu nennen. Und gewiss wird es Überraschungen geben, die keiner vorhersieht. Aber nicht von diesen Herausforderungen soll die Rede sein, sondern von strukturellen Problemen, von jenen Schwächen, die im Schatten der kulturpolitischen Erfolge entstehen und verbleiben, von schlechten Routinen. Einige Beispiele sollen das verdeutlichen, es ließen sich in jedem Fall Dutzende weitere benennen. Es geht um Konfliktfelder; sie werden die Kulturpolitik der Zukunft bestimmen.

1. Während Leuchtturmprojekte bestens ausgestattet und gut finanziert werden, darben viele Einrichtungen der kulturellen Grundversorgung.

Als die öffentliche Erregung über die Umzugspläne für die Galerie der Alten Meister in Berlin ihren Höhepunkt erreichte, lud die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu einer gut besetzten Tagung ins Bodemuseum. Am Rande des Streits der Fachleute über das Miteinander von Gemälden und Skulpturen konnte man von Aufsichtskräften erfahren, dass die Heizung im Museum um ein Grad niedriger eingestellt werden musste: es galt Kosten zu sparen.

Auf der einen Seite ein interessantes, groß gedachtes Neuordnungskonzept für die Sammlungen

der Staatlichen Museen, auf der anderen Seite offenkundige Nöte des Alltagsbetriebes. Die Szene erhellt ein grundsätzliches Problem der Kulturförderung in Deutschland. So berichtet der Bibliothekenverband von einer vielfach »dramatischen Haushaltssituation«; jede dritte Großstadtbibliothek leidet unter Haushaltssperre oder einem Nothaushalt. In einer solchen Lage werden notgedrungen Öffnungszeiten verkürzt und weniger Bücher, Zeitschriften, Medien angeschafft. Damit riskieren Bibliotheken, überflüssig zu werden.

Es passt ins Bild, dass Berlin, das sich seit Jahren über große Summen aus dem Kulturhaushalt des Bundes freuen kann, seine Zentral- und Landesbibliothek noch immer in geteiltem Zustand verharren lässt. Die größte öffentliche Bibliothek für das allgemeine Publikum lebt nach wie vor mit Provisorien, Notreparaturen und großer Ungewissheit, wann und wie der verheißene Neubau kommen wird. Ebenfalls in Berlin wurde im Stammhaus der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Unter den Linden der wohl teuerste Lesesaal errichtet: 3.205 Euro gab man pro Arbeitsplatz aus.

Wie mit dem strukturellen Ungleichgewicht umzugehen sei, wird wenig diskutiert. Dass plötzlich ausreichend Mittel auch für die kleinen Einrichtungen zur Verfügung stehen, scheint ausgeschlossen. Was tun? Hier wäre kulturpolitische Phantasie vonnöten.

2. Der Kulturbetrieb durchlebt Zeiten des Preisverfalls, Kulturbetriebe leben von schlecht bezahlten, prekär Beschäftigten.

Wie gering das Einkommen der meisten Künstler und im Kulturbetrieb Beschäftigten ist, verraten seit Jahren verlässlich die Zahlen der Künstlersozialkasse. Aber die Einkommensdurchschnittswerte sind nicht das tatsächliche Problem. Wer einen Roman schreibt, von dem weniger als tausend Exemplare verkauft werden, hat kein Anrecht, dass ihm kulturpolitisch aufgeholfen wird. Wenn er aber in eines der – chronisch unterfinanzierten – Literaturhäuser eingeladen wird, hat er ein Recht auf ein angemessenes Honorar. Angemessene Honorare aber sind keineswegs selbstverständlich. Unter Verweis auf die

Dr. Jens Bisky ist Kulturredakteur der Süddeutschen Zeitung, München.



schwierige Finanzlage werden Schauspielerinnen, Autoren, bildende Künstler regelmäßig mit symbolischen Gratifikationen abgespeist. Die Initiative »art but fair« verzeichnet auf einer Facebookseite die »traurigsten und unverschämtesten Künstlergagen und Auditionerlebnisse«. Eines der Beispiele ist die Installation »Meat«, die im April 2014 an der Berliner Schaubühne mit großem Personaleinsatz veranstaltet wurde. Anfangs war Bezahlung zugesagt, dann ein »symbolisches Honorar« versprochen, gezahlt aber wurde nicht. Dass Proben an Stadttheatern bezahlt werden, ist keineswegs selbstverständlich, das Unterlaufen von Tarifverträgen durch Hausvereinbarungen längst ein Mittel erster Wahl, um Kultureinrichtungen durch Missbrauch der Loyalität und Solidarität der dort Beschäftigten am Leben zu erhalten.

Wenn Kulturverbände gegen TTIP protestieren, warnen sie gern vor dem »neoliberalen« Menschen- und Gesellschaftsbild, das den Freihandelsvereinbarungen zu Grunde liege. Mit guten Gründen wird Amazon für die Arbeitsbedingungen in den Auslieferungslagern attackiert. Allerdings gehören Kultureinrichtungen zu den Vorreitern einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes; dabei stehen einigen Großverdienern und dem schwindenden künstlerischen Mittelstand die vielen gegenüber, die an öffentlich geförderten Einrichtungen behandelt werden wie das Dienstleistungsproletariat der digitalisierten Gesellschaft.

»Art but fair« schlägt eine Selbstverpflichtung vor. Dies scheint überfällig. Wer öffentliche Gelder erhält, hat die Pflicht, seine Angestellten, Mitarbeiter, Honorarkräfte angemessen zu bezahlen und ihnen ordentliche Arbeitsbedingungen zu garantieren. Wenn man, um dies zu erreichen, weniger Veranstaltungen anbieten, weniger Projekte durchführen kann, dann wäre dieses Weniger allemal besser als ein Kulturbetrieb, der Doppelmoral und Unfairness kultiviert.

3. Kooperation und Vernetzung werden gepriesen, aber gemeinsame Strategien zwischen Bund, Ländern und Kommunen fehlen vielfach.

Die Installation einer oder eines Beauftragten des Bundes für Kultur und Medien war die kulturpolitisch wichtigste Folge der Vereinigung. Sie hat dem Kulturföderalismus nicht geschadet. Den vom Bund entschlossen vorangetriebenen Ausbau der Kulturhauptstadt Berlin haben München, Hamburg, Frankfurt am Main, Dresden, Leipzig und – zurückhaltender – Köln mit eigenen kulturellen Modernisierungsstrategien und Großvorhaben beantwortet. Die Bundeskulturstiftung und die Kulturstiftung der Länder kooperieren, nachdem auf ihre Fusion vernünftigerweise verzichtet wurde, bestens. Allerdings

laufen kulturpolitische Entscheidungen vielfach nebeneinander her. Eine nationale Bibliothekenstrategie etwa, in Nachbarländern eine Selbstverständlichkeit, fehlt.

Vor allem im Zusammenspiel von Bund und Berlin knirscht es immer wieder: Mit der Berufung Chris Dercons zum neuen Intendanten der Volksbühne etabliert die Stadt Konkurrenzveranstaltungen zu den Angeboten der Festspiele und des Hauses der Kulturen der Welt. Für ein Museum der Moderne am Kulturforum stellt der Bund viele Millionen Euro zur Verfügung; das böte die Chance, das urbane Elend an dieser prominenten Stelle zu beheben. Doch planen Preußenstiftung und Berlin jeweils für sich. Nach jahrelangen Diskussionen über das »Humboldt-Forum« beschloss der Regierende Bürgermeister, ohne dies vorher abzustimmen, eine Änderung. Statt der Zentral- und Landesbibliothek soll eine Ausstellung die Weltstadt Berlin feiern.

Ein Bundeskulturministerium, wie es in jedem Wahlkampf erneut gefordert wird, würde daran nichts ändern, wohl aber eine Kultur des gemeinsamen Planens.

4. Während alle von Transparenz und Beteiligung reden, werden kulturpolitische Entscheidungen gerne selbstherrlich getroffen.

Die Feuilletons der letzten zwei Jahre waren voll von Streit über selbstherrlich getroffene kulturpolitische Entscheidungen, getroffen gegen den Willen von Beiräten, Freundeskreisen, Mitarbeitern. Besonders fällt dabei der Unwille einige Kulturpolitiker auf, sich zu erklären, für ihre Konzepte zu werben, andere zu überzeugen. Die jüngsten Auseinandersetzungen um das Volkstheater Rostock und seinen Intendanten Sewan Lachtchinian werden inzwischen mit den Mitteln des Arbeitsrechts geführt. In Sachsen-Anhalt hat der Kulturminister Stephan Dorgerloh den Vertrag des Bauhaus-Direktors Philipp Owalt nicht verlängert, Proteste des Freundeskreises ignoriert, den Rücktritt des wissenschaftlichen Beirats in Kauf genommen. In Berlin setzten der Bürgermeister und sein Kulturstaatssekretär Tim Renner die Berufung Chris Dercons zum Nachfolger Frank Castorfs durch. Zur Begründung wurden lediglich ein paar pseudo-avantgardistische Floskeln offeriert. Egal, wie man diese Konflikte beurteilt, der Stil in dem sie getroffen und durchgesetzt wurden, stößt die vor den Kopf, die sich für Theater oder Museen interessieren. Der Hinweis darauf, wie heikel Personalentscheidungen seien, verkommt dabei zur Ausrede. Als die Theaterlandschaft Ost- und West-Berlins in den Neunzigern neu geordnet werden musste, gab es immerhin eine Art Experten-Bericht, verfasst von Ivan Nagel, mit anderen abgestimmt und öffentlich diskutiert. Solche Versuche, Entscheidungen ratio-

nal verständlich zu machen, Alternativen zu diskutieren, vermisst man gegenwärtig.

5. Kulturpolitik wird zum Akteur, der geförderten Einrichtungen Konkurrenz macht.

Zu den größten kulturpolitischen Merkwürdigkeiten gehört das Humboldt-Forum im Berliner Schlossneubau. Das Vorhaben ist ein Parlamentsprojekt, für das mit auffälliger Verzögerung institutionelle Formen gesucht werden.

Mit großer Selbstverständlichkeit versuchen auch auf lokaler Ebene Kulturpolitiker jenseits der vorhandenen Einrichtungen Angebote zu organisieren. In Frankfurt am Main etwa torpediert die Kulturverwaltung die Arbeit des städtischen, für seine Aufgaben unzureichend finanzierten Literaturhauses, indem sie Lesungen mit Stars der Literaturszene organisiert, ohne Eintritt zu verlangen. Es scheint, als falle bei solchen Projekten die Korrektur einmal getroffener Entscheidungen besonders schwer. Das Paradebeispiel dafür ist das Einheits- und Freiheitsdenkmal in Berlin, das kaum einen überzeugt und dennoch gebaut wird.

6. Es fehlt ein Bewusstsein für die Notwendigkeit und Leistungskraft von Institutionen.

Institutionen tradieren Wissen, Können und verfügen über jene Problemlösungsroutinen, die es erlauben auf Veränderungen vernünftig zu reagieren. Gewiss, sie sind sprichwörtlich träge, die Personalkosten verschlingen einen Großteil der Mittel. Dennoch kennt Kulturpolitik bisher keine besseren Organisationsformen als Theater, Museen, Bibliotheken,

Literaturhäuser. Sie alle arbeiten inzwischen mit Agenturen, Geldgebern, Kreativen bei Festivals und temporären Projekten zusammen. Diese aber gelingen am besten im Miteinander von Institutionen und Projektteams, von großen Tankern und kleinen Schnellbooten.

Die seit 1990 nie abgerissene Kette der Theater- und Orchesterfusionen, der Spartenstreichungen und Kürzungen auf ein »Kernensemble« hat den kulturellen Einrichtungen des Landes nachhaltig geschadet, ohne die Arbeitsbedingungen der noch bestehenden Institutionen dauerhaft zu verbessern. Nach 25 Jahren der Fusions- und Kürzungspolitik ist es an der Zeit für eine Kulturpolitik, die Institutionen stärkt, statt sie dem Dauerstress des Reformierens unter Kostendruck auszusetzen.

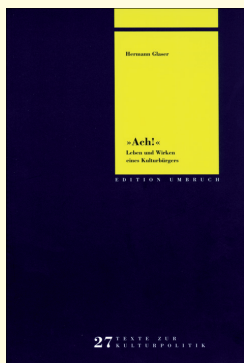
7. Harmonische Vorstellungen von Kultur lähmen kulturpolitische Debatten.

Wenn es um das Wahre, Schöne und Gute geht, um die zu beobachtenden oder bloß erwünschten Wirkungen des Kulturlebens, herrscht zu viel Einmütigkeit. Zu oft wird Kultur gegen tatsächliche oder imaginäre Feinde verteidigt, statt sie durch Streit lebendig zu halten. Die scharfen Auseinandersetzungen über die deutsche Vereinigung sind ästhetische oder kulturelle Debatten gewesen: vom Streit um Christa Wolf über die Auftragskunst-Diskussion bis hin zur Frage der DDR-Architektur oder mentaler Unterschiede. Die kulturpolitischen Erfolge der vergangenen Jahre dürften wesentlich auch diesem Streit zu verdanken sein. Der Dauerton des Lobens und des Einverständnisses macht unproduktiv.

Hermann Glaser

»Ach!«

Leben und Wirken eines Kulturbürgers



Wie kaum ein anderer Name steht Hermann Glaser für das »Bürgerrecht Kultur«. Kunst und Kultur können ihren Eigenwert nur entfalten, wenn sie sich mit einer politischen Grundhaltung verbinden, die Beteiligung ermöglicht und zu Mitdenken und Mitgestaltung herausfordert. Mit dieser Überzeugung hat Hermann Glaser die Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt. Durch unermüdlige Vortrags- und Lehrtätigkeit im In- und Ausland und seine zahlreichen Veröffentlichungen hat er die Konzeption der Neuen Kulturpolitik theoretisch maßgeblich mitentwickelt und praktisch umgesetzt. Der von ihm geprägte Begriff »Soziokultur« wurde zu einem Kennzeichen dieser kulturpolitischen Reform sowie vieler Einrichtungen und Projekte.

In seinem Buch schildert er die wichtigsten Stationen seines Lebens: von den bedrückenden Kindheits-erfahrungen im Nationalsozialismus, der als Befreiung erlebten Zeit des Wiederaufbaus, der wachsenden Selbstzufriedenheit der Wohlstandsgesellschaft, deren spießbürgerliche Erbschaft er hell-sichtig erkennt, bis zu seiner kommunalpolitischen Praxis als Kulturreferent der Stadt Nürnberg und den vielfältigen Begegnungen als Berater und Publizist nach Ende seiner Amtszeit. Es gelingt Hermann Glaser mit beeindruckender kulturpolitischer Konsequenz und menschlicher Glaubwürdigkeit, persönliche Erinnerung und Zeitgeschehen zu verbinden.

Kulturpolitische Gesellschaft e. V. /
Klartext Verlag, Bonn/Essen 2011
(Edition Umruch 27) 326
Seiten, 19,80 Euro, ISBN 978-3-
8375-0472-9

Kulturpolitische Gesellschaft e.V. • Weberstraße 59a • 53113 Bonn • T 0228/20167-0
post@kupoge.de • www.kupoge.de/buecher.html